

der politischen Bewegung, oder berichtet Disziplinlosigkeit unter seinen Anhängern und seinen Kämpfern?

In manchen französischen Kreisen rechnet man bereits mit dem Rücktritt Le Ronds, der allerdings in den letzten Tagen noch einige seltene Kundgebungen erlassen hat.

Das Note Kreuz.

Aus Genf wird gemeldet: Auf Gründen des Generals Le Rond, Vorsitzenden der Interalliierten Kommission, und der Präsidenten des deutschen und des polnischen Roten Kreuzes bat das Internationale Note Kreuz in Genf zwei Delegierte nach Oberschlesien gefordert zu einer Unterredung über das Schicksal der Gefangen und der Verwundeten sowie zur Hilfeleistung für die Zivilbevölkerung. Dies ist die erste Durchführung der auf dem 10. Kongreß des Internationalen Roten Kreuzes angenommenen Resolutionen über die Intervention des Roten Kreuzes im Bürgerkrieg.

Die Kämpfe.

Trotz des Versprechens Korsantys, die Waffen niederzulegen, ist die Ruhe im Aufstandsgebiet durchaus noch nicht eingetreten. Manche nebst dem Angebot Korsantys überhaupt nicht ernst und sprechen von einem Bluff. Andere sind der Ansicht, daß die einzelnen polnischen Verbände auf eigene Hand vorgehen, ohne sich um Weisungen von Warschau oder sonstwoher zu lehren. Schwere Gefechte werden aus den letzten Tagen gemeldet aus der Gegend von Rosenberg, Hindenburg, Groß Stein, Kreuzendorf (Kr. Radeberg) usw. Verschiedentlich wurden Eisenbahnhäuser angegriffen und ausgeplündert.

Bewaffnete Insurgenten haben aus dem Bahnhof Radowitz 30 Personen, Kadett- und Güterwagen gestohlen und nach Zabelwitz abgeschleppt. Die Wagen standen auf den Gleisen innerhalb des Stadtgebietes, das nach Vereinbarung der Franzosen mit den Insurgenten von diesen nicht betreten werden durfte. Die französischen Wachen verhinderten den Diebstahl nicht, obwohl sie rechtzeitig durch das Eisenbahn-Polizeipersonal verständigt worden waren.

Mehrere hundert Insurgenten, mit polnischen Apo-Beamten an der Spitze, drangen in das Flüchtlingslager im Lyzeum zu Hindenburg. Die französische Wache, die kurz vorher verdoppelt worden war, ließ sich zurückdrängen. Die Insurgenten schlugen die Türen ein und drangen unter dauerndem Feuer in die Unterkunftsräume. Zwei deutsche Apo-Beamte fielen unter den ersten Schüssen. Die übrigen Flüchtlinge wurden unter Kolbenstoßen auf die Straße getrieben und nach Welschowitz geschleppt. 17 deutsche Flüchtlinge wurden getötet. Die Frau des Landjäger-Bürokraten erlag einem Schlaganfall, als sie erfuhr, daß ihr Mann durch Mißhandlungen bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet worden sei. Gegen 3 Uhr morgens kamen drei französische Panzerwagen aus Gleiwitz an und vertrieben die Insurgenten aus dem Stadtbüro. Die Verbündungen zweier hoher französische Offiziere über die Auslieferung der Flüchtlinge sind ergebnislos geblieben. Die polnischen Führer erklärten dem französischen Kreiskontrollleur in Gleiwitz, daß ihre Leute den Angriff auf das Lyzeum ohne Befehl ausgeführt hätten, ein Befehl dafür, daß die polnischen Führer die Gewalt über die Insurgenten verloren haben.

Die oberschlesischen Landwirte.

Der Vorsitzende des Oberschlesischen Wirtschaftsbundes, Graf Garnier-Turzava, bat an die Interalliierte Kommission in Oppeln einen scharfen Protest gerichtet, der darin gipfelt, daß die Kommission ihre Versprechungen, die Bevölkerung belber Nationalitäten gleichmäßig zu schützen, nicht eingehalten habe. „Unsere Häuser und viele Herrensäle sind größtenteils gesperrt, liegen teilweise in Schutt und Asche, unsere Pferde sind zu Tausenden geflohen, unser Vieh weggetrieben, unsere Beamten verjagt, mißhandelt, teilweise erschossen.“ Dazu kommen noch die indirekten Verluste durch die Schädigungen der Frühjahrsbestellung. Gegen die falschen Behauptungen Brändls in der französischen Räummer wird Einpruch erhoben, und auf die Gefahr anarchistischer Zustände hingewiesen. Das Schreiben schließt mit der Frage, ob die Interalliierte Kommission, die uns Schutz, Frieden, Sicherheit ausdrücklich zugesichert hat, bereit ist:

1. dem zerstörten oberschlesischen Grundbesitz innerhalb des besetzten Gebietes einen sofortigen zinslosen Kredit zu gewähren, der in einem Prozentverhältnis zum entstandenen, durch neutrale Kommission zu tazierenden Schaden steht! Dies ist unbedingt und sofort zur Auffnahme der Produktion erforderlich.

2. Ob die hohe Interalliierte Kommission den entstandenen Schaden innerhalb der besetzten Gebiete dem geschädigten Grundbesitz in deutscher Währung zu erschaffen ist bereit erklärt!

Ein Reichstagabgeordneter verschleppt.

Der deutschnationale Abgeordnete Hartmann, leitender Arzt des Knappishospitals Königshütte, ist von den Polen gefangen genommen und nach unbekanntem Ort verschleppt worden. Es handelt sich um einen 60 Jahre alten Herrn. Der Reichspräsident hat über das Auswärtige Amt Schritte getroffen, um die Interalliierte Kommission zur Errichtung und Besteitung des Abgeordneten zu veranlassen.

„Heile“ Aussichten.

Laut „Times“ ist die Lage hinsichtlich des Zusammenspielns zwischen britischen und französischen Truppen in Oberschlesien sehr heikel. Die Franzosen haben bisher, wie das Blatt hervorhebt, der polnischen Befreiung so gut wie keinen Widerstand entgegengesetzt. Es kann nach der „Times“ kaum erwartet werden, daß die britischen Truppen diese Haltung einnehmen. Wenn die Franzosen ihre Politik nicht ändern, besteht daher die „erste Gefahr“ eines Zusammenstoßes zwischen den geringen britischen Streitkräften und den polnischen Außändischen.

Während nach einer Neuermeldung General Le Rond berichtet, daß bewaffnete Deutsche weiter in Oberschlesien einzudringen, erklärt der „Times“-Berichterstatter in Oppeln, daß die Grenze an der deutschen Seite jetzt so befriedigend, wie nur irgend möglich, geschlossen sei. Die Disziplin der Leute des Generals Höser sei gut, und es bestehne kein Zweifel daran, daß General Höser sie fest in der Hand hat.

Gewaltige Kundgebung für Oberschlesien.
Von einem besonderen Mitarbeiter.

Berlin, 30. Mai.

Gewaltige Säule Heimattreuer bewegten sich mit Schildern und weißgelben Fahnen und von Musikkapellen, denen oberschlesische Bergknappen voranmarschierten, seit 4 Uhr von allen Richtungen Berlins zum Versammlungsort. Überall in den Straßen wurden sie von der Menge begrüßt und begleitet. Im Lustgarten sammelten sich bereits von 3 Uhr ab viele Tausende. Vor dem Denkmal Friedrichs des Großen, unter den Linden, spielte eine Kapelle. Etwa 150.000 Menschen strömten so zusammen, um den Willen des deutschen Volkes in der oberschlesischen Frage

kundzutun und um den oberschlesischen Bürgern das tiefe Mitleid für ihre Leiden und aufrichtige Bewunderung für ihren heroischen Kampf zu zeigen. Man sah die Schlieren sämlicher Parteien, von links bis rechts nur mit Aus-

schluß der U. S. P. D. Um 5 Uhr 15 Min. begannen von etwa 30 Reden die Redner aller Parteien, der drei Gewerkschaften und Flüchtlinge aus Oberschlesien zu den verwundeten Massen zu sprechen. Die Schilderungen der Flüchtlinge, die teilweise direkt aus der Kampffront in Oberschlesien gekommen waren, erweckten in den Zuhörern Empörung und das Gefühl ohnmächtigkeiten Schmerzes, das in manni-

schen Ausdrücken zur Geltung kam. Die Feier wurde mit dem Lied: „Die Himmel röhmen des Ewigens Ehre“ eröffnet, das die anwesenden zehn Musikkapellen zu gleicher Zeit intonierte hatten. Als die letzten Redner ihre Ansprüche beendet hatten, verlasen sie die folgende:

Resolution:

Das oberschlesische Volk hatte bestimmt gehofft, daß mit dem Tage der Abstimmung alle Not ein Ende nehmen würde. Stattdessen sind seine Leiden ins Unermeßliche gestiegen. Oberschlesien will endlich Ruhe haben und nicht mehr Bruderblut fließen lassen. Die Interalliierte Kommission jedoch versagt. Korsanty regiert. Täglich werden unter seiner Gewaltsherrschaft unzählige verschleppt mißhandelt und erschlagen. Die polnischen Insurgenten schonen weder Welt noch Kind, ihre Greuel schreien zum Himmel. Wir verstehen, daß das von allen verlassene, auf sich selbst gestellte oberschlesische Volk in höchster Verzweiflung und aus Selbstbehauptungstreiber zur berechtigten Notwehr gezwungen hat und fordern, daß dem Zustande der Gewalt durch die Garantienmächte sofort ein Ende gemacht wird. Wir fordern, daß an die Spitze der Interalliierten Kommission endlich eine Persönlichkeit tritt, die die Bürgschaft für die ehrliche Durchführung des Friedensvertrages bietet. Wir fordern, daß durch die beschleunigte Entsendung ausreichender englischer und italienischer Truppen der gefährliche Zustand in Oberschlesien sofort wieder beseitigt und daß durch diese die Grenze gegen Polen lückenlos abgeschlossen wird. Wir fordern, daß die deutsche Regierung nach wie vor mit größtem Nachdruck für das bedrängte oberschlesische Volk und für das Verbleib des ungeteilten Oberschlesiens bei Deutschland eintritt. Wir fordern, daß die gestraute zivilierte Welt nicht länger duldet, daß Oberschlesien, das Land einer hochentwickelten Industrie und Kultur, zur Stätte der Barbarei gemacht wird.

Einstimmig befürwortete das Volk seine Resolution. Im gleichen Augenblick, als die Hände sich erhoben, schlugen mit mächtvollem Klange die Glocken des Domes ein, die den Himmel als Zeugen und Helfer anzuwünschen schienen. Dann brauste, vor dem Wurst begleitet, das schöne deutsche Lied: „Ich hab' mich ergeben mit Herz und mit Hand“ von Mann und Weib gesungen, über den weiten Platz.

Beim Reichskanzler.

Nach Schluß der Versammlung begab sich eine Abordnung der Flüchtlinge aus Oberschlesien und der Verantwortler der Versammlung zum Reichskanzler Dr. Wirth. Nach der Begrüßung überreichte der Führer der Delegation dem Reichskanzler die zur Annahme gelangte Resolution, auf die dieser im Namen der deutschen Regierung in längeren Ausführungen antwortete. Er sprach den Oberschlesiern sein stilles Mitgefühl aus und versicherte sie, daß von der deutschen Regierung auch weiterhin alles geschehen würde, was geschehen könnte, um die Leiden des Volkes zu lindern und das oberschlesische Land ungegliedert dem Deutschen Reich zu erhalten. Der Minister des Auswärtigen, v. Rosen, wohnte dem Empfang bei.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Das Regierungsprogramm des Reichskanzlers.

Wie man aus parlamentarischen Kreisen hört, will Reichskanzler Dr. Wirth sein Programm dem Reichstag am Mittwoch, den 1. Juni, vorlegen. Zu Anschluß davon wird eine Befreiung der Regierungserklärung stattfinden. Der Reichskanzler wird auch bei dieser Gelegenheit die Steuerpläne der Regierung eingeben, die oberschlesische Frage und die Rheinlandpolitik Frankreichs beleuchten.

Die bevorstehende Reichsfinanzreform.

Zur Vorbereitung der neuen Reichsfinanzreform werden in den nächsten Tagen in Berlin auf Einladung des Reichsfinanzministers die Finanzminister der Einzelstaaten eine Befreiung abhalten, bei der der Reichsfinanzminister die neuen Steuerpläne der Reichsregierung zur Begutachtung vorlegen wird. Bei der Schwierigkeit der Materie dürfte es kaum noch möglich sein, die Steuervorlagen dem Reichstag noch vor der Sommerpause vorzulegen.

Die erste Milliarde bezahlt.

Die deutsche Regierung ist bekanntlich verpflichtet, nach dem Londoner Ultimatum eine Milliarde Goldmark bis zum 31. Mai an die Entente in Gold oder Devisen zu zahlen, resp. Schatzwechsel mit drei Monaten Laufzeit zu liefern, welche die Gewährleistung der Reparationskommission genehmiger deutscher Banken tragen. Als solche wurden bezeichnet die Darmstädter, Deutsche, Düsseldorfer und Dresdner Bank. Diese Banken haben sich bereit erklärt, die Sicherheitsleistung (Endossement) zu übernehmen. Die Schatzwechsel sind am 28. Mai dieses Jahres an die Reparationskommission abgesandt worden. Mit der Übereignung des Schatzwechsels ist die Verpflichtung, innerhalb 25 Tagen von dem Ultimatum an eine Milliarde Goldmark zu zahlen, rechtzeitig erfüllt worden.

Der 6-Uhr-Ladeschluss im Reichswirtschaftsrat.

Von Arbeitgeberseite wurde bei der jüngsten Beratung im Auschuß darauf hingewiesen, daß bei den Angestellten das Bestreben bestünde, allgemein den 6-Uhr-Ladeschluss einzuführen. Weiter wurde aus die Überhandnahme des Hauptverbandes hingewiesen, der sicher durch einen zu frühen Ladeschluss beginnstigt würde. An einer bei einer Verkürzung der Arbeitszeit notwendige Mehreinstellung von Angestellten sei infolge der hohen Belastung der Geschäfte nicht zu denken. Nach Schluß der Debatte wurde ein Antrag mit einer kleinen Änderung folgender Fassung mit 15 gegen 8 Stimmen (gegen die Stimmen der Arbeitgeber) angenommen: Der Sozialpolitische Ausschuß wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, auf schnellstem Wege durch eine entsprechende Änderung der Bestimmungen des § 139¹ der Reichsgewerbeordnung den Gemeinden die Möglichkeit zu geben, nach Anhörung der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch ordentlicherweise

schritten einen früheren als den 7-Uhr-Ladeschluss herbeizuführen zu können.

Bürgerlicher Wahlsieg in Braunschweig.

Bei der Stadtverordnetenwahl hatten die bürgerlichen Parteien (Demokraten, sämliche rechtseitigen Parteien und Mittelstandvereinigungen) eine „wirtschaftliche“ Einheitsliste aufgestellt. Die Bürgerlichen erhielten 32 410 Stimmen, die Mehrheitssozialisten 8132 Stimmen, die Unabhängigen 17 296 Stimmen und die Kommunisten 4118 Stimmen. Auf die Mieterräte entfielen 3457 Stimmen. Bei den letzten Stadtverordnetenwahlen am 15. Dezember 1918 erhielten die Bürgerlichen (Demokraten und Deutsche Volkspartei) zusammen 32 653 Stimmen, die Mehrheitssozialisten 17 143 Stimmen und die Unabhängigen 23 508 Stimmen.

Keine Abgabe von Schmuckgegenständen.

Reichsfinanzrat Dr. Wirth teilte einem Vertreter der Pfarrheimer Handelskammer auf dessen Anfrage mit, daß von den maßgebenden Stellen des Reiches eine Abgabe von Schmuckgegenständen zum Zwecke der Abtragung der Reparationschuld nicht ins Auge gefaßt werde.

Deutsch-Ostpreußen.

× Salzburg für den Anschluß an Deutschland. Die freiwillige Volksbefragung wegen des Anschlusses ist im ganzen Lande ohne jeden Zwischenfall vor sich gegangen. Die offiziellen Stellen hatten sich an dem Abstimmungsapparat in keiner Weise beteiligt. Nach dem vom Bürgermeister von Salzburg verkündeten Ergebnis sind in 85 Gemeinden, aus denen Abstimmungsergebnisse vorlagen, 68210 Stimmen abgegeben worden. Davon 67 533 ja, 677 nein. Die Stadt Salzburg verzeichnet 20 135 ja und 225 nein.

Frankreich.

× Blutige Zusammenstöße. Die Kommunisten und die Anarchisten hatten in Paris auf dem Friedhof Pere Lachaise eine große Kundgebung anlässlich der Jahresfeier des Kommuneaufstandes von 1871 veranstaltet. Beim Verlassen des Friedhofs stießen die Kommunisten mit einer katholischen Vereinigung zusammen, und die Anarchisten stürzten sich auf die französische Flagge, die die katholische Vereinigung trug. Die Polizei griff ein und es entstand ein heftiger Zusammenstoß. Ein Polizist wurde schwer verwundet. Der kommunistische Abgeordnete Lassalle wurde ebenfalls schwer verwundet. Ungefähr 10 Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Zahl der Verwundeten beträgt 29.

Schweden.

× Aushebung der Ausfuhrverbote. Vom 1. Juni ab sind die Ausfuhrverbote für folgende Waren aufgehoben: Woll, Getreide, Reis, Gras, Margarine, Käse, Butter, Fleisch, Nüsse, Käse, Butter, Mehl, Milchzucker, Malzzucker, Margarine, Schokolade, Konfitüren, gezuckerte Kondensmilch und Kartoffelflocken.

Nordamerika.

× Hardings über die Entwicklung. Präsident Harding äußerte sich zu dem republikanischen Parteiführer im Repräsentantenhaus, Mondell, günstig über eine Ausdehnung der Resolution Vorah auf die Entwicklung zu Lande sowohl als zu Wasser. Das Repräsentantenhaus verabschiedete wahrscheinlich Abänderungen an der Resolution vornehmen, die sich auch auf eine Einladung aller Nationen zur Teilnahme an der Konferenz erfreuen sollen, während ursprünglich nur einige Regierungen aufgefordert werden sollten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. In einer Versammlung des Hansabundes sprach Abg. Dr. Gothein für die Verminderung der Steuerlasten auf Besitz und Kapital. Abg. Dr. Siebold und Direktor Köhler für Aufhebung der „Sanctionen“ am Rhein.

München. Gegen den bekannten Grafen Bothmer, Führer der bayerischen Königsparcie, ist von der Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Hochverrat eingeleitet worden.

Paris. Vom „Liberté“ werden die Holländer in Paris eine sogenannte holländische Stadt schaffen, bestehend aus 100 Privathäusern, 3 Schulen, einem Hotel und einer Badeanstalt. Die Einweihungsfestlichkeit ist auf den 12. Juni festgesetzt.

Paris. Nach einer Blättermeldung aus Alexandria sind dort während der Unruhen 78 Personen getötet worden, darunter, vorrangig Italiener, ein Franzose und 14 Griechen.

Paris. Der südslawische Gesandte in Paris, Wesslich, der frühere Ministerpräsident, ist hier plötzlich gestorben.

Rom. Der neu ernannte französische Botschafter beim Papst hat dem Papst sein Beglaubigungsschreiben überreicht.

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 27. Mai 1921.

Auf der Tagesordnung stand die Beratung über die Vorlage, den Entwurf eines Grundsteuergesetzes betreffend. Zu der Vorlage äußerten sich Vertreter aller Parteien. Hervorgehoben wurde, daß die Grundsteuer, die zusammen mit der Gemeindeabgabe 1,25 Proz. beträgt, zum größten Teil von den Hausbesitzern auf die Mieter abgewälzt werden wird, und daß bei landwirtschaftlichen Grundstücken eine Belastung der Erzeugnisse ihre Folge sein wird. Finanzminister Heilmann wies jedoch darauf hin, daß die Steuer auf jeden Fall, auch wenn sie zum Teil unsozial wäre, bewilligt werden müsse, da der Landtag in leichter Zeit größere Ausgaben bewilligt habe, für die keine Deckung vorhanden sei. Abg. Gratz (Komm.) machte Ausführungen gegen die ungünstige Wirkung dieser Steuer, die ununterbrochen schallende Heiterkeit des ganzen Hauses auslösen gingen. Nach längeres Verhandlung wurde die Vorlage an den Rechtsausschuß verwiesen. — Nächste Sitzung Dienstag.

Neue Gesetzentwürfe.

II. folgende Anfrage im Bundestag eingegangen: Der kürzlich veröffentlichte Reichsgrundsteuergesetz erträgt auch für Sachsen die Gefahr, daß die Volksschule völlig zerstört wird. Hat die Regierung im Reichsrat dem Gesetzenmehr zugestimmt oder nicht? Welche Gründe sind für Ihre Haltung maßgebend gewesen?

Neue Gesetzentwürfe.

3. Das Gesamtministerium hat in seiner Freigabebeschluß, dem Landtag folgenden Gesetzentwurf vorzulegen: Gewerbesteuergesetz, Gesetz über die Erhebung der Grundsteuer im Rechnungsjahr 1921; ein Staatswirtschaftsgesetz und ein Gesetz über die Dienstbezüge der Gemeindebeamten.

Beiträge

Die Tagesordnung

8. diesjährigen Sitz